# Karl Heinrich Pohl
# Demokratisches Schleswig-Holstein?

## Zur politischen Kultur bei den Volksabstimmungen im Jahre 1920

Demokratie, zumal eine auch in schlechten Zeiten funktionierende, ist ein Gut, das weder in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, noch – und das leider erst recht nicht – in Schleswig-Holstein auf einem festen Boden ruht und auf eine lange und stetige Tradition zurückblicken kann. Zu vermuten ist, daß sie auch heute noch nicht überall eine tiefe Verankerung in der Bevölkerung erfahren hat. Deswegen sind Ereignisse, die der Förderung von demokratischen Traditionen dienen und gedient haben oder aber deren Durchbruch hemmen oder gehemmt haben, sowohl für die schleswig-holsteinische Geschichte von großem Interesse als auch für die heutige Gesellschaft von besonderer Relevanz. In diesem didaktisch-politischen Sinne sollten die folgenden Ausführungen verstanden werden, die sich mit den Volksabstimmungen im Jahre 1920 befassen.

An ihrem Beispiel soll dargestellt und untersucht werden, wie es um die demokratische politische Kultur des Landes Schleswig-Holstein nach der Revolution von 1918 bestellt war. Die Ausgangslage für eine positive Entwicklung schien nicht schlecht zu sein: Zwar hatte das Land mehr als 50 Jahre zum autoritären preußischen Staat gehört, zugleich aber besaß es auch eine starke liberale Tradition. Bei den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1912 hatte sich das eindrucksvoll bestätigt.[1] Schleswig-Holstein stand somit nach der Umwandlung Deutschlands in eine parlamentarische Demokratie vor einer neuen – und wie die Demokraten hofften – chancenreichen Zukunft. Zu fragen ist, inwieweit sich fortab eine neue demokratische politische Kultur entwickelte und durchsetzte und inwiefern sie imstande war, das parlamentarische System zu stabilisieren.

Für das spezielle Thema hier lautet die Frage, inwieweit bei den Abstimmungen von 1920 über das zwischen Dänemark und Deutschland umstrittene gemischtnationale Gebiet bereits eine gewaltlose, im wesentlichen auf rationalen Argumenten und nicht nur auf aufgeputschten Emotionen beruhende, auf einer demokratisch legitimierten Abstimmung basierende Konfliktlösung möglich war. Die Analyse der Vorgänge kann als Indikator für den Zustand der politischen Kultur im nördlichen Deutschland, aber auch in Dänemark, gelten.[2]

Am Anfang der Darstellung stehen eine Definition des Begriffes „Politische Kultur" und der Versuch, ihre Bedeutung für ein demokratisch verfaßtes Staatswesen darzustellen. Es schließt sich eine Begründung für die Auswahl des Gegenstandes an. Dabei ist zu erklären, warum gerade die Auseinandersetzung um die deutsch-dänische Grenze nach dem Ersten Weltkrieg – und kein anderes Beispiel – sinnvoll ist, um über die politische Kultur des Landes Schleswig-Holstein und seine „Demokratiefähigkeit" nachzudenken. Es folgt eine knappe Darstellung der historischen Funktion des Nationalismus in Deutschland, der Auswirkungen auf Schleswig-Holstein und dessen Entwicklung vor dem Ersten Weltkrieg. Darauf aufbauend wird das Thema „Grenzkampf" 1920, also die Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit Nord- und Mittelschleswigs zu Deutschland oder zu Dänemark, behandelt, ein Thema, dessen Problematik zuerst dargestellt, dann problematisiert und folgend

*Schleswig-Holstein heute*

[1] Zum gesamten Thema sehr materialreich und in der Argumentation vorzüglich: Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982. Rietzler wertet die Stärke des Liberalismus allerdings nur als eine formale und betont die enge Bindung der Liberalen in Schleswig-Holstein an einen aggressiven Nationalismus.

[2] Zur didaktischen Relevanz des Themas vgl. auch Broder Schwensen, Flensburg in der Volksabstimmung 1920, Flensburg 1995, S. 3.

anhand von zwei Wahlplakaten konkretisiert und visualisiert, aber auch vertieft werden soll.

Sich mit dem Begriff der „Politischen Kultur" eines Landes oder einer Region zu befassen, bedeutet fast immer zu versuchen, einen „Pudding an die Wand zu nageln". Trotzdem besitzt dieser theoretische Ansatz eine erhebliche strukturierende und problemöffnende Leistungsfähigkeit. Bei der Aufarbeitung von Partei- und Vereinsgeschichte etwa stellt er nicht nur ein sehr nützliches Instrument dar, sondern dies wird auch – in der historischen Wissenschaft nahezu eine Seltenheit – von der Fachwissenschaft fast vorbehaltlos, wenn auch nicht ohne Skepsis, anerkannt. Die innovativen, geradezu bahnbrechenden Arbeiten von Karl Rohe und die stärkere Berücksichtigung kulturgeschichtlicher Apekte in den letzten Jahren spielen bei dem Aufschwung der „Politischen Kultur" eine große Rolle.[3]

Eine Geschichtsschreibung, die sich neben den „harten Daten" aus Ökonomie und Politik, neben der angemessenen Berücksichtigung von Strukturen und langfristigen Entwicklungen, auch auf die Bedeutung von Mentalitäten und politischen Milieus stützt, die kulturgeschichtliche Faktoren nicht vernachlässigen möchte, wird ohne die Theorieangebote der Politischen Wissenschaft, die u.a die „Politische Kultur" anbietet, schwerlich ihren selbstgestellten Ansprüchen gerecht werden. Allein schon deswegen ist es unverzichtbar, bei der Analyse von Abstimmungen und Wahlen auf diesen Begriff zurückzugreifen.[4]

Nach Karl Rohe[5] soll unter „Politischer Kultur" verstanden werden *„die für eine gesellschaftliche Gruppe charakteristischen Grundannahmen über die politische Welt, über die das politische Denken, Fühlen und Handeln der Gruppenangehörigen konditioniert, jedoch nicht etwa determiniert wird. Politische Kultur bildet also einen Denk- und Handlungsrahmen, innerhalb dessen vieles, aber nicht alles möglich ist, was theoretisch denkbar wäre. Angehörige der gleichen politischen Kultur zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich ohne viele Worte verstehen, auch wenn sie unterschiedliche Interessen verfolgen und sich erbittert bekämpfen. Angehörige unterschiedlicher politischer Kulturen stehen dagegen immer wieder vor dem Problem, daß sie aneinander vorbeireden, eben weil sie unterschiedliche politische Selbstverständlichkeiten besitzen."*

Die Elemente einer demokratischen politischen Kultur können hier nicht im einzelnen ausgeführt werden. Zu ihr gehören vor allem der demokratische politische Grundkonsens, die Achtung der Menschenrechte, die Machtverteilung auf verschiedene Institutionen und auf begrenzte Zeit, der Pluralismus, Rechtsstaat, Verfassung etc. Auch die Rationalität in der politischen Auseinandersetzung ist ein wichtiges Element. Erst eine, trotz aller auch in der Politik vorhandenen und notwendigen Emotionen, rationale, kritische und kontroverse Auseinandersetzung um politische Entscheidungen entspricht einer demokratischen Kultur, läßt den eine Demokratie tragenden mündigen und entscheidungsfähigen Bürger erst zu einem solchen werden – und macht die Grundlagen von Entscheidungen transparent. Mythologisierung und Irra-

[3] Viele seiner Ergebnisse zusammenfassend, mit einer ausführlichen Bibliographie Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1992. Zum neuesten Stand der kulturgeschichtlichen Forschungen vgl. Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996.

[4] Vgl. hierzu zusammenfassend Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.), Religion im Kaiserreich. Milieus, Mentalitäten, Krisen, Gütersloh 1996, Einleitung.

[5] Karl Rohe, Politische Kultur, in: Klaus Bergmann u.a. (Hrsg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber[4] 1992, S. 60-63, hier: S. 60; dort auch weitere Literaturhinweise.

tionalisierung sind aus dieser Perspektive die größten Feinde des demokratischen Diskurses.

Für unser Thema, nämlich die Problematik, ob wir zu Beginn der Weimarer Republik von einem demokratischen Schleswig-Holstein sprechen können, ein Zustand, der sich auch in der politischen Kultur seiner Bevölkerung widerspiegeln müßte, bedeutet dies, daß danach gefragt werden muß, in welchem Maße bereits Elemente von demokratischem Bewußtsein und demokratischem Verhalten in die politische Kultur eingeflossen waren oder ob noch die Deutungsmuster und Erfahrungen der von Demokratie noch nicht „infizierten" Großvätergenerationen das politische Handeln maßgeblich beeinflußten. Das Verhalten bei den Volksabstimmungen kann – nach diesem Theorieansatz – als ein Indikator für die „demokratische Reife" der schleswig-holsteinischen Bevölkerung gewertet werden.

## II

Die deutsch-dänische Auseinandersetzung um die gemeinsame Grenze prägte und prägt das Geschichtsbewußtsein der Menschen in Schleswig-Holstein in hohem Maße. Insofern ist es von großer politischer und gesellschaftlicher Relevanz. Es ist daher nur legitim und zugleich für eine demokratische Gesellschaft von hoher Bedeutung, sich damit auseinanderzusetzen. Zugleich ist dieses Thema ein Feld, auf dem sich das politische Selbstverständnis der schleswig-holsteinischen Gesellschaft in hohem Maße widerspiegelt. Ob eine Lösung der „Grenzfrage" mit militärischen Mitteln erstrebt wurde, ob ein demokratischer Interessenausgleich stattfand, ja, welche Bedeutung die Frage überhaupt für die Menschen in dieser Region hatte (und hat), sagt oft mehr über den inneren Zustand des Landes aus als manche großartige politische Deklaration oder auch der durch die Verfassung normierte „Soll"-Zustand. Hier zeigt sich, wie tief demokratisches Verhalten – das sich auch in der politischen Streitkultur äußert – verankert ist, wie leicht es gefährdet werden kann, wo die Schwächen liegen, die es angreifbar machen.

Trotzdem ist zu begründen, warum die Beschäftigung mit dieser Problematik im fernen Jahre 1920 so zentral sein soll. Warum – so wäre zu fragen – sollte nicht eine Auseinandersetzung mit den doch so viel gravierenderen Problemen der Nazifizierung vor 1933 und Entnazifizierung nach 1945[6], dem Wahlverhalten der Schleswig-Holsteiner in der Weimarer Republik, der Eingliederung der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg oder auch – um im eigenen Bereich zu bleiben – der Geschichte der Kieler Universität, vor allem auch der Philosophischen Fakultät, zwischen 1933 und 1945 (und die spätere Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit) gesucht werden? Dies wären Themen aus der jüngeren Vergangenheit, die auch Auskunft über die Probleme geben könnten, mit denen eine demokratische politische Kultur hier in Schleswig-Holstein zu kämpfen hatte (und bis heute noch hat).

Der erste Grund für die getroffene Auswahl ist eine gewisse Fairneß. Man soll nicht von vornherein, das gilt besonders dann, wenn man dezidiert Thesen vertritt, ein „passendes Beispiel" herausgreifen, um dadurch die eigene Vermutung zu bestätigen.

[6] Vgl. zu diesem Komplex sehr präzise Ute Erdsiek-Rave, Der politische Neubeginn in Schleswig-Holstein, in: Aus der Geschichte lernen? Universität und Land vor und nach 1945 - Vorträge einer Ringvorlesung -, Kiel 1995, S. 143-161.

Historisch „sauberer" ist es vielmehr, ein eher „unverdächtiges Kapitel" aus der schleswig-holsteinischen Geschichte herauszusuchen; ein Thema, das möglichst den eigenen Intentionen Hindernisse in den Weg legen könnte. An einem solchen „harten" Beispiel wird sich schnell die Tragfähigkeit einer These beweisen – oder eben auch nicht.

Die zuletzt genannten Themen entsprechen aber einem solchen „Kontrollverfahren" nicht. Ihre Bearbeitung könnte zu Recht den Eindruck erwecken, es ginge von vornherein nur darum, ein negatives Ergebnis erreichen, die Unfähigkeit zur Demokratie oder doch zur demokratischen Selbstreflexion in Schleswig-Holstein unter allen Umständen nachweisen zu wollen. Das gleiche würde für eine Beschäftigung mit der sogenannten „Barschel-Affäre" gelten, für deren Analyse ich zudem keinerlei Kompetenz besitze.

Die deutsch-dänische Grenzproblematik jedoch gilt gemeinhin als ein Bereich, in dem für Europa geradezu vorbildlich Probleme des nationalen Miteinanders bewältigt worden sind.[7] Wenn nicht im deutsch-dänischen Miteinander, wo sonst sollte sich eine demokratische politische Kultur entfaltet haben? Hat nicht die deutsch-dänische Schulbuchkommission festgestellt, daß es im Zusammenleben zwischen zwei benachbarten Völkern nicht viel besser gehen könne, als das hier der Fall sei?[8] Darauf – so meine Ausgangshypothese – sollte sich aufbauen lassen. Darum also gerade dieses frühe Beispiel.

Der zweite Grund für die Auswahl hängt mit der besonderen Dynamik der Themenbereiche zusammen, die alle mehr oder weniger mit dem Nationalsozialismus, seinem Aufkommen, seiner Herrschaft, seinen Folgen und schließlich mit seiner „Bewältigung" zusammenhängen. Dieser Komplex hat zu viel eigenes Gewicht und ist dazu, man muß es leider sagen, noch zu unerforscht, um wichtige Elemente der politischen Kultur herausdestillieren zu können, so notwendig das auch wäre.

Der Gegenstand „Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus" ist an sich aber in hohem Maße für das Thema „Demokratie" und „Politische Kultur" relevant. Läßt sich doch an diesem Thema für Schleswig-Holstein die nur schwache Ausprägung eines demokratischen Bewußtseins konstatieren – wie die erst in den letzten Jahren intensiv einsetzende Forschung herausgefunden hat.[9] Fast nirgendwo sonst war die parlamentarische Demokratie schon so früh durch den Faschismus gefährdet wie in Schleswig-Holstein, wo bereits 1932 mehrheitlich „braun" gewählt wurde, kaum irgendwo sonst sind die Nachwehen dieser Zeit so zögerlich bearbeitet, so verschämt behandelt und so lange verschwiegen worden wie gerade hier.[10]

Das gilt nicht zuletzt auch für die Christian-Albrechts-Universität und die eigene Disziplin, das Fach Geschichte. Daß die Universität auch fünf Jahrzehnte nach dem Ende des Dritten Reiches – trotz in letzter Zeit beginnender Aktivität – noch keine wissenschaftlich befriedigende Darstellung zur Lage der Christian-Albrechts-Universität im Nationalsozialismus zustande gebracht, sondern diese Aufgabe eher Außenseitern überlassen hat, ist kein Ruhmesblatt.

[7] Zur Geschichte und Problematik der deutsch-dänischen Beziehungen von der Wikingerzeit bis zur Gegenwart. Empfehlungen ...., hrsg. von Karl-Ernst Jeismann, Braunschweig 1984.

[8] Ebenda.

[9] Siehe Uwe Danker, Stand der historischen Forschung zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, in: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte (27) 1995, S. 55 ff.

[10] Vgl. dazu - allerdings nicht in jedem Beitrag ohne völlige Apologie - Aus der Geschichte lernen? Diese Darstellung stellt einen erheblichen Fortschritt gegenüber älteren Versuchen dar. Vgl. etwa Michael Salewski, Die Gleichschaltung der Christian-Albrechts-Universität im April 1933, Kiel o.J. [1983]. Noch immer (leider) fast paradigmatisch für den Stand der Forschung ist die im Jahre 1994 erschienene Landesgeschichte von Christian Degn (Schleswig-Holstein - eine Landesgeschichte. Historischer Atlas, Neumünster 1994), in der - um ein Beispiel zu nennen - in den Abschnitten über das „Dritte Reich" nur einmal das Wort „Terror" vorkommt, und zwar im Zusammenhang mit dem Luftangriff der Royal Air-Force auf Lübeck im Jahre 1942.

Das zeugt – um beim Thema zu bleiben – von mangelnder demokratischer „Politischer Kultur".

Gleiches gilt für das Fach Geschichte. Dabei ist nicht nur ein Manko an Forschungsarbeiten in der regionalen Zeitgeschichte zu konstatieren. Das ist bedauerlich, läßt sich aber nachholen, wie die erst kurze Tätigkeit des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) hoffen läßt. Viel peinlicher – und kaum rational zu erklären – ist die „Blindheit" im eigenen „Historikerhause". Die erst jetzt einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gewordene Verstrickung eines ihrer Heroen, wenn nicht der Gallionsfigur der Kieler Nachkriegsgeschichtswissenschaft, in das nationalsozialistische System und seinen Ideenhaushalt hat in der historischen Forschung in Kiel bislang niemanden ernsthaft gekümmert. Historiker aus dem Auswärtigen Amt mußten herausfinden[11], daß Karl Dietrich Erdmann nicht erst in der Bundesrepublik, sondern auch schon Jahre früher fachwissenschaftlich und fachdidaktisch tätig war, und das in einer Art und Weise, die sogar einen seiner Freunde, den Münchener Winfried Schulze, zu der Bemerkung veranlaßte, er – Schulze – könne nach Kenntnis der neuesten Akten sein positives Bild über diesen Kollegen nicht mehr aufrechterhalten.[12]

## III

Die Grenzproblematik wie sie die Politik im Jahre 1920 prägte – um wieder zum engeren Thema zu kommen –, ist in ihrer ganzen Schärfe erst der Geburt, präziser gesagt, der bewußten „Erfindung" des deutschen Nationalismus im beginnenden 19. Jahrhundert zu verdanken.[13] Bis dahin gab es weder die deutsche Nation, den deutschen Nationalismus noch den deutschen Nationalstaat.[14] Diese „Erfindung" war u.a. eine wirkungsmächtige, aber auch folgenschwere Antwort auf starke Modernisierungskrisen, die das deutschsprachige Mitteleuropa seit 1789 durchlebte. Sie gestattete es, eine neue Legitimationsbasis für Herrschaft zu gewinnen.

Eine Folge der Ausbreitung der Idee des Nationalismus in „Deutschland" war die Ausgrenzung von „Nichtdeutschen" oder „Unnationalen" (etwa „der" Welschen und bald auch „der" Dänen), verbunden mit dem Identifikationsangebot an die Nationalgenossen in Mitteleuropa, „die Nation" zu schaffen. Nationalismus war insofern funktional, eine Größe, die rasend schnell zum Massenphänomen gemacht werden konnte.

Dieser neue Nationalismus wurde bald aggressiv und konservativ, was er durchaus nicht von Anfang an war. Die Grundlage dafür bildete eben seine Funktionalisierung als Krisenbewältigungsinstrument: *„Je einschneidender die Probleme der rapiden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung, der Übergang zur industriellen Welt mit ihren schmerzhaften Konjunkturschwankungen und ihren Klassenkonflikten erlebt werden, desto massiver* [antwortete] *der Nationalismus darauf*".[15] Aus militantem Reichsnationalismus nach der Jahrhundertwende wurde schnell ein *„hysterischer Kriegsnationalismus"*, der zum *„Radikalnationalismus der politischen Rechten"*[16] in der Weimarer Republik mutierte. Was dann weiterhin aus ihm wurde, ist bekannt.

Die Selektionsmechanismen waren dabei – und das machte

[11] Martin Kröger/Roland Thimme, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik, München 1996.

[12] Ebenda, S. 7 ff.

[13] Allgemein über den Stand der neueren Nationalismusforschung Benidict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes, Frankfurt², 1993; zum deutsch-dänischen Verhältnis: Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzbereich, Kiel 1993 (Gegenwartsfragen 69).

[14] Hierzu und zum folgenden Hans-Ulrich Wehler, Die Gegenwart als Geschichte. Essays. München 1995, darin vor allem der Teil II: Deutscher Nationalismus, S. 127-185.

[15] Ebenda, S. 151.

[16] Ebenda, S. 133.

den Nationalismus so anziehend – vor allem irrational und vage: Es wurde mit Begriffen wie „Volksnation" oder „Kulturnation" (das Kriterium der Sprache spielte eine wichtige Rolle) hantiert, mit denen leicht und variabel zu inkludieren, aber auch auszuschließen war. Dabei spielte in Deutschland, anders etwa als im Nationalbewußtsein in den Vereinigten Staaten oder auch in Dänemark, der Begriff „Staatsbürger" keine Rolle, ein Begriff, der der identitätsstiftenden Funktion von Nation immerhin die „emotionale Verkleisterung" nehmen und sie partiell entmythologisieren konnte.

Im amerikanischen Fall kann „Nation" – trotz aller nationalistischen Exzesse – immerhin auch inhaltlich definiert werden. Die Nation stellt nicht nur eine leere Hülse dar, die fast beliebig mit verschiedenen Inhalten aufgefüllt werden kann. Zur Nation in diesem Sinne gehört derjenige, der sich zum Kernbestand der Verfassung, also ihrer freiheitlichen Struktur bekennt, unabhängig von seinem „Blut" – und sei es noch so deutsch. Für Deutschland gilt das offenbar immer noch nicht vollständig.[17]

## IV

Die Nationalismusideologie hat sich auch auf das deutsch-dänische Verhältnis und auf das Problem der Grenzziehung zwischen beiden Ländern ausgewirkt. Seit Gründung des Nationalstaates (also seit 1871) gab es dementsprechend aus deutscher Sicht ziemlich unvermittelt ein „Dänenproblem" und aus dänischer Sicht ein „Deutschenproblem". Man kann von einem Nationalismus in der Defensive, dem dänischen, und einem Nationalismus in der Offensive, dem deutschen, sprechen.

Die deutsche Offensivhaltung hing u.a. mit der so späten – aber um so heftiger einsetzenden – „Nationalisierung" im Reich zusammen, mit der ungeheuren Dynamik des deutschen Kaiserreiches auf politischer, wirtschaftlicher und auch kultureller Ebene und schließlich auch damit, daß die immer wieder auftauchenden innenpolitischen Probleme durch den Nationalismus nach außen abgelenkt werden konnten.

Die eher defensive Haltung Dänemarks beruhte nicht nur auf seiner machtpolitischen Unterlegenheit gegenüber dem Kaiserreich. Das Beispiel Polen belegt, daß politische Schwäche nicht unbedingt mit nachlassender nationaler Dynamik korrelieren muß. Wichtig war vielmehr, daß der dänische Gesamtstaat im Zuge der Neuordnung Europas bereits nach dem Wiener Kongreß stark verkleinert worden war. Dänemark hatte Norwegen abgeben müssen, ein Verlust, dem ein halbes Jahrhundert später dann noch die Abtretung von Schleswig, Holstein und Lauenburg, die fortab zum Deutschen Reich gehörten, folgte.

Allein damit verlor das Land auf einen Schlag ein Drittel seines restlichen Territoriums – Verluste, die das Deutsche Reich selbst im Versailler Vertrag von 1919 nicht hinnehmen mußte.[18] Diese Ausgangslage führte Dänemark in die Defensive. Diese Haltung ist aber immer auch zu berücksichtigen, wenn man, zu schnell und mit zu viel Verständnis, die schlechte Position bedauert, die Deutschland nach 1919 innehatte, eine Position, aus der heraus es – wie häufig argumentiert wird – praktisch nur noch habe agressiv und verbittert reagieren können. Das Bei-

[17] Das scheint jedenfalls solange zu gelten, wie folgende Definitionen von Nation meinungsbildend sein können: „Die deutsche Nation ist dadurch, daß wir Deutsche uns zu ihr bekennen und solange, wie wir das tun", Karl Dietrich Erdmann, Die Frage des 14. März 1920. Rede in Flensburg zur 50. Wiederkehr des Abstimmungstages, in: GWU 21 (1970), S. 645-660, hier: S. 645.

[18] Vgl. hierzu Reimar Hansen, Die deutsch-dänische Grenze in historischer Perspektive, in: Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzbereich, S. 13-39, hier: S. 33.

spiel Dänemark zeigt, daß es auch andere Lösungsmöglichkeiten gibt.

Wichtig ist, daß auf diesem Wege eine nationale „Verschlankung" auf dänischer Seite erfolgte. Ausländische Minderheiten in Dänemark gab es fortab außer der deutschen kaum noch. Das trug mit dazu bei, die Dynamik des Nationalismus in Dänemark innenpolitisch abzubremsen. Hinzu kam die Art und Weise, in der in Dänemark innenpolitisch mit dem Problem umgegangen wurde. Auch dort gab es „Scharfmacher", die aggressiv auf eine Rückkehr der „*verlorenen Gebiete*" drängten[19]; die Auseinandersetzung wurde aber insgesamt auf einer anderen, trotz aller Emotionen eher sachlichen Ebene geführt. Zweifellos spielte in diesem Zusammenhang das schon relativ früh funktionierende parlamentarische System eine erhebliche Rolle, dessen relativ starke Ausbildung eine zu massive „Funktionalisierung" der Schleswig-Holstein-Frage weitgehend verhinderte.

Die bereits 1849 durchgesetzte Parlamentarisierung des Landes, die – bei einem nach wie vor „undemokratischen Wahlrecht" – einer eher gebildeten Schicht die Einübung einer demokratischen „Politischen Kultur" ermöglichte, verbunden mit der erst über 50 Jahre später einsetzenden vollständigen Demokratisierung des Wahlrechtes (1915)[20], waren offensichtlich besser dazu geeignet, den dänischen Nationalismus demokratisch zu zähmen, als die frühzeitige Demokratisierung des Wahlrechtes für das deutsche Reich im Jahre 1871, die bei einer gleichzeitigen Blockade der Parlamentarisierung den Erwerb einer fortgeschrittenen demokratischen Kultur eher verhindert als ermöglichte und vor allem außenpolitische Aggressionen zu begünstigen schien.[21]

Das Ergebnis dieser Entwicklung läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß es ein erhebliches dänisches Minderheitenproblem in Deutschland gab. Auch nach, oder vielleicht sogar besser, gerade wegen des Versuches der Preußischen Regierung, das neue Schleswig-Holstein in Preußen und das Reich zu integrieren, blieb die Nordschleswig-Frage – also das zentrale „Dänenproblem"[22] – ungelöst. „*Die dänisch gesinnten Nordschleswiger faßten das preußische Regiment als ‚Fremdherrschaft' auf. Ihr wachsender nationaler Selbstbehauptungswille stellte vor allen Dingen für die preußische Beamtenschaft ein nahezu unüberwindliches Hindernis dar. Der volklichen Mobilisierung breiter dänischer Bevölkerungsschichten gegen die preußische Herrschaft versuchte man auf deutscher Seite mit Ausweisungen und staatlichen Zwangsmaßnahmen zu begegnen – Mittel, die letztlich genauso ihre Wirkung verfehlten, wie entsprechende dänische Maßnahmen in der Zeit der schleswig-holsteinischen Erhebung. Sowohl die dänische Politik in Mittelschleswig in den Jahren nach 1851, als auch die deutschen Versuche, durch eine ‚germanisierende Schul- und Sprachpolitik' (vor allem in der Köllerzeit) zum Erfolg zu kommen, müssen als verfehlt und gescheitert angesehen werden.*"

Diese preußische Politik wurde jedoch nicht etwa einer demokratiewilligen und friedlichen schleswig-holsteinischen Bevölkerung aufgezwungen, sondern sie wurde weithin, bis hinein in

[19] Vgl. dazu Troels Fink, Da Sønderjylland blev delt I, 1918-1920, Aabenraa 1978, S. 39ff., 87ff., 127ff.

[20] Das Frauenwahlrecht wurde allerdings auch in Dänemark erst fast zwanzig Jahre später eingeführt.

[21] Vgl. dazu zusammenfassend Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl/James Retallack (Hrsg.), Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und Politische Kultur, Bielefeld 1995.

[22] Immo Doege/Manfred Jessen-Klingenberg, Die nationalen Minderheiten, Kiel 1990, S. 13.

[23] Rietzler, „Kampf in der Nordmark", S. 41 ff.

die Sozialdemokratie und den linken Liberalismus, von der Mehrheit gefördert, mitgetragen oder doch toleriert.

In der Dänenpolitik wurde mithin das ganze Instrumentarium der deutschen Nationalstaatsideologie gegenüber dem „inneren Feind" (in diesem Falle ausländische dänische Minderheiten, es galt aber auch gegenüber deutschen „Außenseitern" wie Juden, Katholiken oder Sozialdemokraten) ausgereizt und der Boden für eine rationale und beide Seiten zufriedenstellende Problemlösung systematisch vergiftet.[23] Die Idee, Minderheiten ohne Restriktionen zu tolerieren, ihr Selbstbestimmungsrecht mindestens zu erwägen oder sogar für ganze Landesteile (wie etwa Elsaß-Lothringen) zu berücksichtigen, füllte das Arsenal des autoritären Kaiserreiches nicht. Das galt allerdings auch noch für manch anderen Staat in Europa.

Zusammengefaßt kann man die Grundzüge der deutsch-dänischen Problematik also folgendermaßen darstellen:

Auf deutscher Seite wurde bis zum Ende des Ersten Weltkrieges eine unseren heutigen westeuropäischen Vorstellungen entsprechende Lösung der Nationalitäten- und Grenzfrage gegenüber Dänemark maßgeblich dadurch erschwert, daß in Deutschland – im Gegensatz zu Dänemark – der Nationalismus von den herrschenden, demokratisch nicht kontrollierten Eliten vor allem als Instrument der innenpolitischen Machtsicherung, als Instrument des Krisenmanagements benutzt wurde. Eine Lösung von Grenz- und Nationalitätenfragen konnte unter diesen Umständen nicht durch an der Sache gewonnene, rational diskutierbare, demokratisch legitimierte Kriterien herbeigeführt werden, sondern wurde von „übergeordneten" politischen Absichten funktionalisiert.

Die Lösung der Grenz- und Nationalitätenkonflikte wurde durch die Machtstrukturen des Kaiserreiches in dem Sinne präjudiziert, daß Formen des demokratischen Interessenausgleiches, das gilt im besonderen Maße für das politisch zutiefst undemokratische Preußen, keine Geltung hatten. Die innere Militarisierung des Reiches (zumindest im preußischen Teil) hatte auch eine Militarisierung ihrer außenpolitischen Entscheidungsprozesse und Aktionsformen zur Folge. Außenpolitische Kompromißhaltungen waren deswegen nur schwer durchsetzbar, wenn es denn überhaupt wesentliche innenpolitische Kräfte gegeben hätte, die auf eine solche Art von Konfliktlösung drängten.

Eine „Do ut des" Lösung bei den deutsch-dänischen Fragen wurde schließlich auch durch die außenpolitische Gesamtkonstellation erschwert. Im Gegensatz zum Problem „Elsaß-Lothringen" besaß die deutsch-dänische Problematik international keinen entsprechenden Stellenwert. Es bestand kaum ein Systemdruck, der auf eine Veränderung abzielte. Zudem war der Machtunterschied zwischen beiden Staaten zu groß, als daß sich außen- oder auch innenpolitisch eine größere Virulenz hätte entfachen lassen können.

V

Das alles galt allerdings wenige Jahre später nicht mehr: Zwei demokratische Staaten konnten seit 1919 miteinander verhandeln, um ihre bilateralen Probleme gemeinsam zu lösen. Das war

ein Zustand, den es bis zu diesem Zeitpunkt in den deutsch-dänischen Beziehungen noch niemals gegeben hatte. Die meisten hemmenden Faktoren schienen durch die Demokratisierung des Deutschen Reiches, die außenpolitischen Regelungen des Versailler Vertrages und die internationale Durchsetzung des Prinzips der „Selbstbestimmung" außer Kraft gesetzt. Es bestand also eine reelle Chance, die Tradition des deutschen Nationalismus zu verlassen, seine alte Aggressivität abzubiegen, seine Gefahren zu „zähmen":

Durch die Revolution war Deutschland eine parlamentarische Demokratie geworden. Deren innenpolitische Konfliktlösungsformen konnten sich jetzt auch auf die Außenpolitik auswirken. Das Reich und Preußen – und das verstärkte diesen Effekt noch zusätzlich – wurden erstmalig durch die Mehrheitssozialdemokratie dominiert, eine Partei, die internationale Verständigung, Überwindung der nationalen Grenzen und Solidarität ganz vorn auf ihr Panier geschrieben hatte. Auch die Reichsregierung, getragen von der Weimarer Koalition, stand mehrheitlich hinter dem Prinzip des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Die regionalen Voraussetzungen schienen ebenfalls nicht schlecht zu sein: In Schleswig-Holstein ergab sich bei den ersten Wahlen eine deutliche Mehrheit für die demokratischen Parteien und damit für das Prinzip der parlamentarischen Demokratie. Nicht zuletzt wurde ein überzeugter Demokrat, der Sozialdemokrat Adolf Köster, von der Regierung dazu bestimmt, das Problem der Volksabstimmung von seiten des Reiches in Angriff zu nehmen.[24] Der schleswig-holsteinische Provinziallandtag sowie die Arbeiter- und Soldatenräte in den fünf nordschleswigschen Kreisen stellten sich im März 1919 ebenfalls hinter dieses Prinzip, auch wenn sie die konkreten Vorgaben des Versailler Vertrages heftig kritisierten.[25]

Durch die deutsche Niederlage war auch das Machtverhältnis zwischen Deutschland und Dänemark verschoben worden. Fortab traten sich bei der Lösung des Grenzkonfliktes eher gleichwertige, wenn auch nicht gleichgewichtige Partner gegenüber, ein Faktor, der nach soziologischen Kriterien in der Regel zukunftsweisende Problemlösungen erleichtert. Zugleich hatte die dänische Regierung bereits bewiesen, daß sie keine Siegerallüren annehmen wollte. Das Angebot etwa, das südliche Schleswig (inklusive eindeutiger deutscher Minderheiten und vor allem des Kaiser-Wilhelm-Kanals) zu übernehmen, ohne sich derartigen Formalien, wie etwa einer Volksabstimmung, stellen zu müssen, hatte das Land – sicherlich auch aus politischer Klugheit – strikt abgelehnt.[26] Das war eine ganz andere Einstellung zu Friedensschlüssen, als ihn die deutsche Seite noch zwei Jahre zuvor in Brest-Litowsk gezeigt hatte, wo man dem besiegten Rußland einen Siegfrieden aufgezwungen hatte.

Auch gegenüber dem Wunsch der nationalistischen Opposition, eine zusätzliche Abstimmung in einer noch weiter südlich gelegenen dritten Zone durchzusetzen, die bis zu einer Linie Schlei-Danewerk-Eider verlaufen sollte, zeigte die dänische Re-

[24] Vgl. dazu Kurt Doß, Reichsminister Adolf Köster 1883-1930, Ein Leben für die Weimarer Republik, Düsseldorf 1978.

[25] Degn, Schleswig-Holstein, S. 266; danach auch die folgenden Gedanken.

[26] Vgl. dazu Fink, Da Sønderjylland blev delt I, passim.

gierung Rückgrat: Sie lehnte dieses Ansinnen strikt ab. Die dänische Seite – und vor allem auch die betroffenen Dänen – hielten konsequent an ihrer schon seit Jahrzehnten vertretenen Auffassung fest, daß nur eine freie Abstimmung eine Entscheidung bringen dürfe. Sie überwanden damit sowohl die Position eines streng territorialen wie auch eines rein ethnischen Nationalismus zugunsten einer demokratischen Form der bewußten und willentlichen nationalen Selbstbestimmung. Möglichkeiten einer fairen Lösung zwischen Dänen und Deutschen waren mithin – zumindest soweit es die dänische Seite betraf – durchaus gegeben.[27]

Nicht zuletzt war es der Außendruck des europäischen Staatensystems, der Zwang, den der in Deutschland so ungeliebte Versailler Vertrag ausübte, der eine demokratische Lösung vorantrieb: Er schrieb in den Art. 109 bis 114 vor, daß eine Volksabstimmung stattfinden sollte, die über die deutsch-dänische Grenze zu entscheiden hatte, wobei eine interalliierte Kommission die Wahlen überwachen sollte. Damit wurde eine Lösung favorisiert, die den alten funktionalen Nationalismus aushebeln konnte. Das traf selbst dann zu, wenn man die Modalitäten der Volksabstimmung – die durch den Versailler Vertrag im einzelnen festgelegt worden waren – als potentielle Begünstigung Dänemarks interpretiert.[28]

Dadurch etwa, daß in der nördlichen Zone des Abstimmungsgebietes (nördlich der heutigen deutsch-dänischen Grenze), das sehr wahrscheinlich Dänemark zufallen würde, en bloc abgestimmt werden sollte, in der südlichen hingegen (Stadt Flensburg und Teile der Kreise Flensburg, Tondern, Husum), in der die Deutschen besonders stark waren, gemeindeweise, hatte eine regionale Stärke der Minderheit im jeweiligen Mehrheitsabstimmungsgebiet eine deutlich andere Auswirkung. Eine starke dänische Minderheit konnte in einigen Gemeinden durchaus den Anschluß an Dänemark erreichen, während das umgekehrt nicht der Fall war.

Andererseits war aber auch zu berücksichtigen, daß die Dänen im Deutschen Reich einer starken Unterdrückung ausgesetzt gewesen waren, die zwar ihren Zusammenhalt gestärkt, möglicherweise aber auch, durch verstärkte Abwanderung nach Dänemark, zu einer gewissen (gewollten) Verminderung ihres Stimmenpotentials geführt haben mochte. Die sie begünstigende Regelung war dann auch als Kompensation für diese Tatsache aufzufassen. Zudem ist hervorzuheben, daß der Kreis der Abstimmungsberechtigten in der nördlichen Zone aus deutscher Sicht besonders großzügig festgelegt wurde – und sei es auch nur durch ein Versehen.[29]

Wie immer man diese Faktoren bewerten mag: Statt deutscher Machtpolitik, die es nicht mehr geben konnte, mußten (oder vielleicht besser konnten) sich jetzt demokratische Konfliktlösungsstrategien bewähren. Deutschland konnte nun im Wettstreit mit Dänemark beweisen, wie stark auch unter diesen Bedingungen seine Position war und vor allem, ob es überhaupt in der Lage war, eine demokratische politische Kultur zu entwickeln. Trotz der Niederlage im Weltkrieg und trotz der Vorgaben, die der Volksabstimmungsprozedur durch die Siegermächte vorgegeben

[27] Vgl. dazu insgesamt sehr abgewogen Erdmann, Die Frage des 14. März 1920, S. 652 f.

[28] Hansen, Dt.-dänische Grenze, in: Minderheiten, S. 37.

[29] Degn, Schleswig-Holstein, S. 266.

wurden, blieben ihm gute Chancen, seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

## VI

Läßt sich nun – so die Frage – am Beispiel der „Politischen Kultur" tatsächlich ein Wandel in der neuen Republik gegenüber dem Kaiserreich feststellen? Gelang es in dieser kurzen Zeit, die kulturellen Prägungen der Vergangenheit abzuwerfen und sich neu zu orientieren? Ist die „Politische Kultur" überhaupt zu fassen? Um das zu klären, sind vorab einige methodische Vorbemerkungen unumgänglich.

Man kann sich – dies ein erster Aspekt – der Beschreibung und Analyse der politischen Kultur der „Schleswiger" in dieser Zeit auf verschiedenen Wegen nähern: Es ist möglich, den Verhaltensweisen wichtiger Staatsmännern nachzugehen, man kann Parteiprogramme studieren oder andere schriftliche Quellen untersuchen. Besonders Presseerzeugnisse sind in diesem Zusammenhang wertvoll, da sie viel von der Stimmung in einer Region wiedergeben. Man kann aber auch Strukturanalysen unternehmen oder Mentalitäten erforschen. Hierbei wäre ein erfolgversprechender Weg, der Frage nachzugehen, was etwa die protestantischen Pfarrer meinten und öffentlich erklärten,[30] eine gerade in diesem Lande eminent wichtige Meinungsmachergruppe.

Hier soll folgender Zugang versucht werden: Da „Politische Kultur" die für eine gesellschaftliche Gruppe besonders charakteristischen Grundannahmen und Vorstellungen über die (politische) Welt, über politisches Denken, Fühlen und Handeln der Gruppenangehörigen mitbestimmt, scheint es sinnvoll zu sein, diesen Aspekt in den Mittelpunkt zu stellen und unter diesem Gesichtspunkt die Quellensorte auszuwählen: Wenn es so ist, daß man in einem demokratisch verfaßten Staat Anhänger für eine Sache vor allem dann gewinnen kann, wenn man ihre Mentalitäten berücksichtigt oder sogar bewußt anspricht oder, wenn man an sie appelliert, jeweils ihre Grundannahmen berücksichtigen und für die eigenen gewünschten Zielsetzungen nutzbar machen muß, wenn man in einer Wahl Erfolg haben will, wenn es bei Abstimmungsprozessen und Motivierungskampagnen – und die Abstimmung von 1920 war sicherlich eine derartige – vor allem auch darum geht, die Gemütslage und die die Abstimmenden konditionierenden Strukturen zu erfassen, also die politische Kultur zu entschlüsseln, sie zu berücksichtigen und einzubinden, dann müßten die Plakate zur Abstimmung von 1920 diesen Überlegungen weitgehend entgegenkommen.

Die Plakate entsprechen jeweils dem, was ihre Auftraggeber für sich selber als wichtig erachteten. Sie müssen also die Intentionen der Auftraggeber (zumindest bis zu einem gewissen Grad) widerspiegeln. Sie entsprechen aber zugleich auch dem, wovon die Auftraggeber vermuteten, daß es die Befindlichkeit und die Einstellung der Adressaten (in diesem Falle also der abstimmenden Bevölkerung) positiv erreichte. Wenn dies nicht gelang, waren die Plakate ohne politischen Sinn. Die Sprache der Plakate gibt mithin – so die Überlegung – die gemeinsame politische Kultur wieder.

Aber – dies ein zweiter Aspekt –: Eine weitgehende

[30] Vgl. hierzu die kurz vor der Fertigstellung stehende Habilitationsschrift von Frank-Michael Kuhlemann (Bielefeld) über die mentalitätsbildende Bedeutung der protestantischen Pfarrer im wilhelminischen Deutschland.

Deckungsgleichheit zwischen Absender und Adressat ließ sich in der Regel nur dann herstellen, wenn beide Seiten die gleiche politische Sprache sprachen, in der gleichen politischen Kultur zu Hause waren. Schwierig wird es hingegen immer dann, wenn Adressat und Absender jeweils verschiedenen politischen Kulturen angehörten, der eine sich also nur mit großen Anstrengungen auf den anderen einzustellen vermochte.

Man kann nun davon ausgehen, daß die Plakate, die die deutschen Abstimmungsberechtigten betrafen und die von deutschen Stellen hergestellt wurden, die gleiche, nämlich eine gemeinsame deutsche (oder doch „schleswigsche") politische Kultur wiedergeben. Man wird diese Plakate als Basis für einen gemeinsamen „politisch-kulturellen" Hintergrund in der Abstimmungsfrage nehmen dürfen.

Anders dürfte es jedoch aussehen, wenn es darum geht, Plakate zu interpretieren, mit denen die dänische Seite deutsche Stimmen gewinnen wollte. In ihnen wird – wenn die Überlegungen richtig sind – in erster Linie zum Ausdruck kommen, wie sich die dänische Seite, durch ihre eigene politische Kultur geprägt, deutsche Mentalitäten, die deutsche politische Kultur vorstellte. Es wird darin also der Versuch zu erkennen sein, die deutsche Mentalität anzusprechen, allerdings belastet durch das Handicap, das Politikverständnis der anderen Seite nur erahnen zu können, nicht jedoch von sich aus bereits zu besitzen.

Das hat verschiedene Konsequenzen, die für eine Interpretation von Wahlplakaten sehr wichtig sind: Die dänischen Plakate dürften zeigen, welchen politischen Code die dänische, politische Kultur besaß (trotz der Überlagerung durch den Versuch, der politischen Kultur des deutschen Adressaten gerecht zu werden). Trotz aller Adressatengerichtetheit steckte in ihnen vor allem eines: die dänische politische Kultur. Aus ihr konnte die dänische Seite nicht hinaus. Falls es nun zwischen beiden Seiten, der dänischen und der deutschen, einen Unterschied in den politischen Kulturen gab, wovon man aufgrund der unterschiedlichen politischen Sozialisation ausgehen kann, dann wird man sie – das ist die Arbeitshypothese – in den verschiedenen Wahlplakaten wiederfinden. Weniger in ihrer Zielsetzung, die darauf abgestimmt sein wird, dänische oder deutsche Interessen durchzusetzen, als vielmehr in der Art der Argumentation, in der Wahl der Ansprache, in der besonderen Betonung bestimmter Faktoren.

Ein dänisches Plakat, gerichtet an die deutsche Seite, wird daher, trotz seiner direkten an die Deutschen gerichteten Zielsetzung, mehr über die politische Kultur der verfassenden, also der dänischen Seite aussagen, als über den Empfänger, also die deutsche Seite. Die deutschen Plakate hingegen sind ohne Brechung „deutsch" und bleiben deutsch. Sie geben direkt die deutsche „Politische Kultur" wieder.

Auf diese Überlegung soll im folgenden aufgebaut werden. Da der Unterschied zwischen der Machart der Werbung – nicht ihren Zielsetzungen, die ja umgekehrt identisch sind – den Unterschied in den jeweiligen politischen Kulturen anzeigt, wird man an ihm vergleichen, wird man derart Unterschiede feststellen

können, Unterschiede, auch in der Art der politischen Kultur und nicht zuletzt in ihrer „demokratischen Reife". Die jeweils „andere Seite" bietet daher einen guten Maßstab dafür, um die politische Kultur des „Gegenüber" zu analysieren und ihre dominierenden Aspekte herauszuarbeiten.

Wenn man – dies ein dritter methodischer Aspekt – einen Vergleich zwischen nur einem deutschen und nur einem dänischen Plakat durchführt, ist das in jeder Beziehung eine „Vertrauenssache" – ein Gesichtspunkt, der der Historie als Wissenschaft widerspricht. Geschichtswissenschaft will rationale, intersubjektiv überprüfbare Auseinandersetzungen, will den Diskurs von Gleichberechtigten. Genau das kann hier so nicht stattfinden. Die getroffene Auswahl ist weder intersubjektiv überprüf- und somit kritisierbar, noch kann auf dieser Basis ein kritischer Dialog über die Prinzipien der Auswahl stattfinden. So lange es jedoch keine quantitative Analyse und, darauf aufbauend, eine gründliche qualitative Bewertung aller Plakate gibt, muß von jedem Historiker eine Auswahl getroffen werden. Und mit dieser Auswahl – mag sie noch so begründet sein – entstehen erste subjektive „Verzerrungsfaktoren". Daß dies hier nicht auszuschalten ist, bleibt eine erhebliche Schwäche der folgenden Argumentation.

## VII

Bei den (stark verkleinert) abgebildeten Bildern handelt es sich um ein deutsches Plakat[31] und ein dänisches Flugblatt.[32]

Allgemein muß man dazu feststellen, daß solche Quellen niemals unmittelbar, unbeabsichtigt und „objektiv" sind, sondern sehr bewußt gestaltet, bestimmte Zwecke und Ziele verfolgen. In diesem Sinne sind sie der Gattung der historischen Traditionen zuzuordnen. Sie bedürfen zu ihrer Entschlüsselung einer sorgfältigen Analyse.[33] Das wird hier allerdings weitgehend unterlassen; es soll vor allem der Hauptfrage nachgegangen werden, welche politische Kultur sich jeweils in den Plakaten zu erkennen gab.

Das deutsche Abstimmungsplakat, gestaltet von dem 1875 in Tondern geborenen Johann Holtz, als Kriegsfreiwilliger Krankenpfleger im Ersten Weltkrieg, danach vielfach mit Arbeiten zur Abstimmung von 1920 hervorgetreten, wurde zum meistverwendeten Plakat auf deutscher Seite. Insofern kann man ihm eine gewisse Repräsentativität für die deutsche Wahlwerbung nicht absprechen.

Es enstand Ende Februar 1920[34], zu einem Zeitpunkt, als in Flensburg das Gerücht laut wurde, die Internationale Kommission, die die Abstimmung überwachte, beabsichtige, *„jedes Hissen und Tragen von Flaggen sowie jedes Ausschmücken von Häusern, Fenstern und Eisenbahnzügen in der 2. Zone zu verbieten"*. Daraufhin wurde dieses Plakat schnell noch eingereicht und tatsächlich von dem am 6. März 1920 erlassenen Flaggenverbot nicht mehr betroffen. Inwieweit diese Tatsache die Gestaltung beeinflußt hat, ist schwer zu beurteilen.

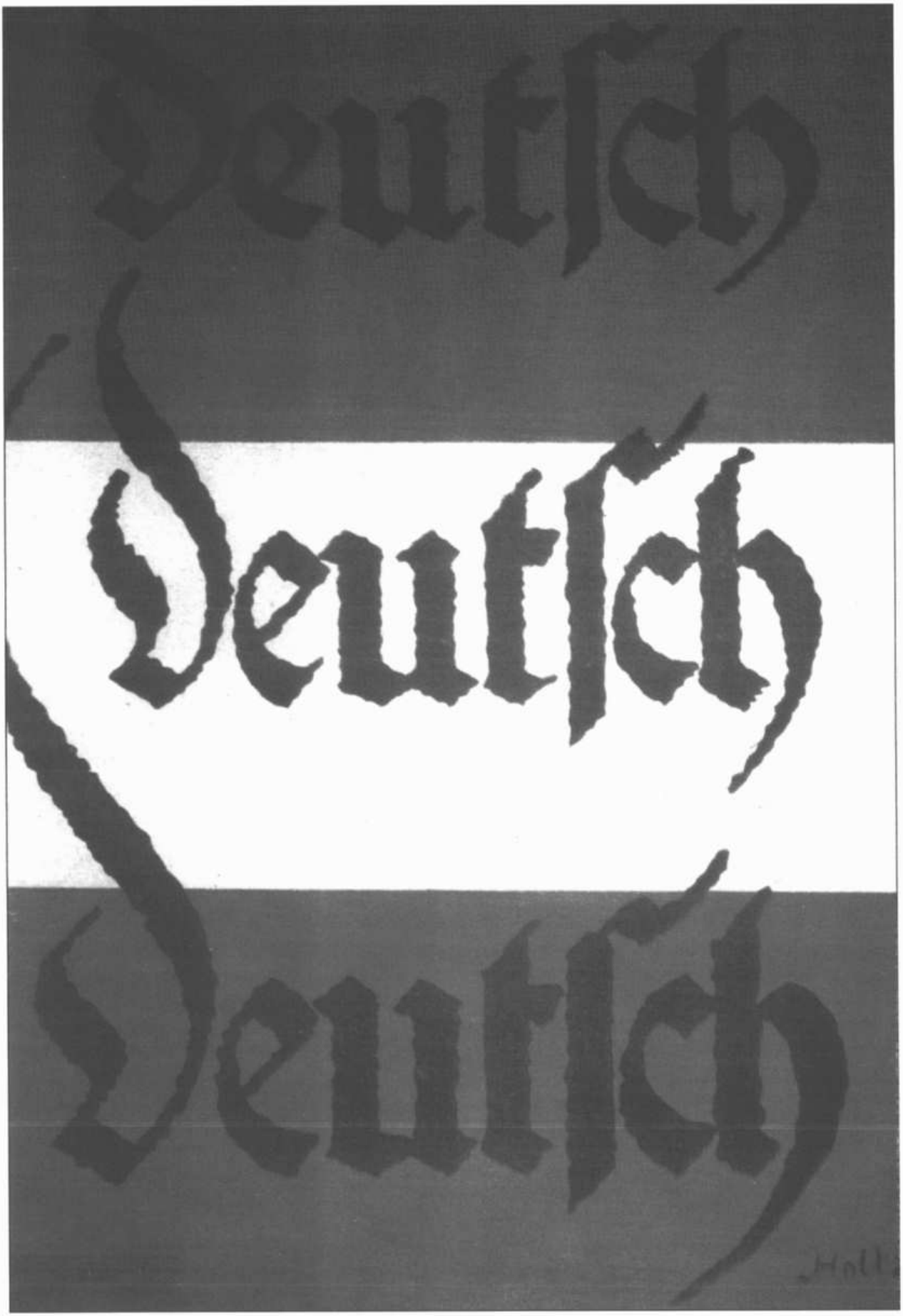
Das Plakat ist graphisch sehr einfach gestaltet. Es lebt im wesentlichen von der Verwendung der schleswig-holsteinischen Landesfarben und der dreifachen Wiederholung des Wortes „deutsch", das in jedem der drei Farbenfelder steht. „Deutsch"

[31] Es ist auf Ende Februar, Anfang März 1920 zu datieren. Reproduziert und kommentiert ist es bei Inge Adriansen/Immo Doege, Deutsch oder dänisch?, Flensburg 1992, S. 33; danach auch einige wesentliche Gedanken über das Plakat, seine Geschichte und sein Anliegen.

[32] Das Plakat stammt von Anfang März 1920 (Stadtarchiv Flensburg), wiedergegeben auch in: Doege/ Jessen-Klingenberg, Die nationalen Minderheiten, S. 38; dort auch ein kurzer Kommentar zu dem Plakat.

[33] Zur Interpretation historischer Photos vgl. Alain Jaubert, Fotos, die lügen, Frankfurt/M. 1989.

[34] Adriansen/Doege, Deutsch oder Dänisch?, S. 33; danach auch die folgenden Gedanken und das Zitat.


Deutsch
Deutsch
Deutsch

und „Schleswig-Holstein“ werden auf diese Weise zu Synonymen. Daß die Worte „Deutsch“ zudem in Frakturschrift geschrieben sind, die in Dänemark nicht mehr üblich war, betont den Kampfcharakter des Plakates. Dies alles führt zu einer sehr starken Reduzierung bzw. Verdichtung der Aussage, stärker selbst, als es allgemein in Wahlkämpfen und Abstimmungen üblich ist, wo die Dinge ja fast immer „auf den Punkt“ gebracht und emotional aufgeladen werden.[35] Über den künstlerischen Wert des Plakates soll an dieser Stelle nicht geurteilt werden.

Für welche politische Kultur stand nun dieses Plakat? Was läßt sich in dieser Beziehung aus ihm herauslesen? Der Haupteindruck ist wohl, daß durch die „Zangenwirkung“ von Schleswig-Holstein-Flagge, eines der wirksamsten und ins Auge fallenden Agitationsmittel in der „nationalen“ Auseinandersetzung, und der Betonung des „deutschen“, das ja unübersehbar dreimal in „deutscher Schrift“, so wurde die Frakturschrift allgemein genannt, auftaucht, in erster Linie Gefühle angesprochen wurden. Deutsch und Schleswig-Holstein, so die Botschaft, gehören zusammen, weil sie von Natur aus etwas Zusammengehöriges waren.

Über diese Tatsache brauchte man nicht mehr zu diskutieren. Sie ergab sich von selbst; sie war einfach so. Weil das offenbar von allen Adressaten, gleich welcher politischen Einstellung, verstanden und nachvollzogen werden konnte, brauchten auch keine Argumente dafür genannt zu werden, warum man deutsch und damit schleswig-holsteinisch (oder umgekehrt) stimmen sollte. Die Botschaft zielte auf etwas für alle Selbstverständliches; sie zielte allerdings auf dieses Selbstverständliche mit dem Mittel der Irrationalität, nahm das Gefühl überreich in Anspruch.

Das muß man nun nicht von vornherein nur negativ beurteilen. Zwar enthielt das Plakat keine „Sachbotschaft“, das mag man als rational denkendes Wesen bedauern, immerhin aber, und das darf man nicht unterschätzen, enthielt es wenigstens auch keine Botschaft, die mit sachlich falschen Argumenten untermauert wurde, wie das bei den meisten anderen deutschen Plakaten der Fall war. Diese verkündeten, wenn die Substanz ihrer historischen Aussagen überprüft wird, zumeist sehr fragwürdige historische Wahrheiten.[36]

Entscheidend ist aber wohl doch der irrationale Aspekt, von dem das Plakat lebte, die Tatsache, daß nicht argumentiert, sondern ausschließlich an Gefühle appelliert wurde. Das hatte zur Folge, daß sich eine gegenteilige Ansicht aufgrund der gefühlsmäßigen Wirkungen, die das Plakat hervorrief und auf die das Abstimmungsproblem vor allem verlagert worden war, kaum entfalten konnte. Ein kritischer Diskurs, wie ihn die Demokratie fordert, war bei einer solchen Art von Werbung nur schwer möglich. Gegen Gefühle konnte (und wahrscheinlich sollte) man nicht argumentieren.[37]

Wegen der Irrationalität – und das war sicherlich beabsichtigt – war die Resonanz des Plakates jedoch sehr groß: Wer von den Deutschen in Schleswig konnte etwas gegen „deutsch“ und „Schleswig-Holstein“ haben, im Prinzip zumindest und nach einem verlorenen Krieg zumal? Wer konnte sich nicht dazu beken-

[35] So auch Erdmann, Die Frage des 14. März 1920, S. 657.

[36] Knappe Bemerkungen dazu bei Doege/Jessen-Klingenberg, Die nationalen Minderheiten, S. 37.

[37] Vgl. dazu die Bemerkungen in Abschnitt I.

nen? Damit läßt sich zugleich eine zweite, eine innenpolitische Funktion des Plakates erkennen. Wegen der suggestiven Wirkung konnte sich kaum ein „Deutscher" trauen, das Problem anders als eben „nationalistisch" zu betrachten. Zu fragen, was diese Entscheidung inhaltlich bedeutete, verbot das Plakat geradezu. Positive Aussagen darüber machte es jedenfalls keine – und das aus gutem Grunde. Es suggerierte vielmehr, daß, wer nicht zustimmte, eigentlich auch kein echter „Deutscher" sein konnte.

Zweifellos wurde hier also wieder der „alte" Nationalismus, verkleidet u.a. als schleswig-holsteinischer Patriotismus, als Integrationsideologie benutzt. Gegner zu sein hieß, wie schon in den letzten 50 Jahren, sich zum Außenseiter zu machen, nicht dazuzugehören, womöglich sich zum Handlanger des „nationalen Feindes", des „Internationalismus" zu machen. Andere Varianten waren bei einem solchen Freund-Feind-Denken nicht möglich. Der Nationalismus des alten Kaiserreiches beherrschte also auch das Denken in dieser ersten Phase der Weimarer Republik. Dichotomisches Denken stand vor dem „einerseits" – „andererseits" einer rationalen Argumentation, die ein Wesensmerkmal demokratischer politischer Kultur ist. Eine aufklärerische politische Kultur, so das Resüme, konnte sich in diesem Dunstkreis von Emotionen nicht entfalten.

## VIII

Das zweite Plakat, prodänisch und in deutscher Sprache abgefaßt, wurde von dem 1864 in Kopenhagen geborenen Maler und Kunsthandwerker Harald Slott-Moeller gestaltet. Es kann insofern als typisch für die dänische Propaganda in der Abstimmungsfrage gelten, als derselbe Maler eine Vielzahl von weiteren Plakaten für den Abstimmungskampf gestaltet hat, die in ihrer Art ähnlich waren.[38]

Dieses Plakat sticht bereits auf den ersten Blick von dem deutschen Produkt ab. Auch hier wurde zwar – wie auf dem deutschen Plakat – das nationale Gefühl angesprochen: Die rotweißen Farben, in denen es gehalten ist, bilden gewissermaßen den irrationalen Hintergrund und die Basis, auf der erst die anderen Inhalte verständlich wurden und auf die sie sich bezogen. Insofern scheint auch hier der irrationale Glaube an „Dänemark", als ein Wert an sich, die Voraussetzung der politischen Werbung zu sein. Darin ähneln sich die Plakate.

In der Hauptsache jedoch liegt ein ganz anderes politisches Deutungsmuster, eine völlig andere politische Kultur vor. Es wird – ganz unübersehbar – vor allem argumentiert: Es wird dargelegt, und zwar jenseits aller Glaubensbekenntnisse zu „Volk", „Nation", „Kultur" und anderen mythischen Begriffen, warum man, das heißt die Menschen in der zweiten Abstimmungszone, für Dänemark stimmen sollten.

Es gibt allerdings auch hier eine Ausnahme. Das betrifft das erste Argument. In ihm wird – immerhin aber in argumentativer Form – ebenfalls eine Mythe benutzt: Der Wähler soll dänisch wählen, weil seine Abstammung dänisch ist. Das ist ein ziemlich fadenscheiniges „Argument", als „Emotionsauslöser" konnte es aber immerhin von einiger Bedeutung sein. In seinem Niveau erinnert dieser Hinweis jedoch deutlich an die deutsche Propagan-

[38] Vgl. Adriansen/Doege, Deutsch oder Dänisch, S. 63.

WARUM
sollst du für
DÄNEMARK
STIMMEN
I.
WEIL DEINE ABSTAMMUNG DÄNISCH IST.
II.
WEIL DIE VERBINDUNG MIT NORDSCHLESWIG EINE EXISTENZFRAGE DEINER VATERSTADT FLENSBURG IST.
III.
WEIL KEIN ANDERES LAND EINE BESSERE KINDER- UND ALTERSFÜRSORGE HAT.
IV.
WEIL MAN IN DÄNEMARK EBENSOVIEL IN KRONEN VERDIENT WIE IN DEUTSCHLAND MARK.
V.
WEIL DIE KAUFKRAFT DER DÄNISCHEN KRONE 8½ GR. IST ALS DIE DER MARK.

da. Es bricht wie ein vorrationaler Überrest eine Kette von Argumenten ein. Man könnte es als ein Zugeständnis der Ratio an die Emotionen verstehen, die in diesem Plakat ansonsten nicht überstrapaziert werden, als ein Zugeständnis an die Erkenntnis, daß Wahlkampf nicht nur aus Ratio, sondern eben auch aus Emotionen besteht, die angesprochen werden wollen – vielleicht auch ein Zugeständnis an die „deutsche Mentalität".

Die Kernaussagen des Plakates bestehen allerdings aus Argumenten, Argumenten dafür, warum man für Dänemark stimmen sollte, Argumente, die man sich an den Fingern einer Hand abzählen konnte – und die dadurch auch optisch noch eindringlicher wurden: Man sollte dänisch wählen, weil es sich am meisten für die eigene Stadt, die eigenen Kinder, die Alten in den Familien, die Lohntüte und nicht zuletzt wegen der hohen dänischen Kaufkraft lohnte. Es machte also praktisch Sinn, dänisch zu wählen. Statt Herz und Gefühl aufzuputschen, wurden Ratio und realistische Beurteilung eingefordert.

Übersetzt hieß die dänische Botschaft: Der dänische Staat, dem man sich durch diese Wahl anschließen konnte, bot dem Wähler den „Sozialstaat", eine stabile Wirtschaftslage und „Wohlstand für alle". Diese Entscheidung hatte zwar auch – verschämt – etwas mit ethnischer Abstammung zu tun, sie setzte aber keine kulturelle Identifikation, kein vages „Nationalbewußtsein" voraus. Sie war nicht mystisch verbrämt, sondern direkt einsichtig. Wenn man Däne wurde, wußte man, was man zu erwarten hatte und was man nicht erwarten durfte. Der Nationalismus wurde inhaltlich gefüllt, vor allem, er exkludierte niemanden. Die Karten lagen auf dem Tisch: man konnte die Entscheidung fällen.

Für die Dänen war offensichtlich – das kann man als Botschaft dieses Plakates mitnehmen – eine inhaltliche Füllung dessen, was man in Dänemark zu erwarten hatte, die normale Form, um zu einer Entscheidungsfindung zu kommen. Es war dies mehr nur als „dänisch" um seiner selbst willen zu wählen, wie das auf deutscher Seite für Deutschland gefordert wurde. Aus dieser Perspektive haben wir es mit einer politischen Kultur zu tun, die das Mythische weitgehend abgestreift hatte (obwohl es noch vorkommt), die den Nationalismus inhaltlich aufgefüllt, und damit entmystifiziert und gebändigt hatte, die schließlich Argumentation als Mittel der politischen Auseinandersetzung bevorzugte. Kurzum: es handelt sich um eine demokratische politische Kultur.

Das Plakat sagt aber nicht nur etwas über den Absender, die dänische Seite aus, sondern zugleich auch etwas darüber, wie der Absender, die Dänen also, den Empfänger, die Deutschen, auf die dieses Plakat zugeschnitten war, beurteilten. Es zeigte, was die Dänen glaubten, was dem Empfänger wohl wichtig sein könnte. Dementsprechend wurde das Plakat ja konzipiert.

Drei Aspekte stechen auf der Empfängerebene (den Deutschen) besonders hervor:

Erstens: Das Irrationale, das Mythische. Auch die Dänen gingen davon aus, daß irrationale Aspekte bei der Entscheidungsfindung, zu wem man in Zukunft gehören mochte, trotz aller Sachargumente eine wichtige Rolle spielten – ihre eigene Geschichte

war ihnen dabei ein Wegweiser. Wie weit die Betonung dieses Aspektes rein adressatenbezogen ist, kann schwer nachgewiesen werden. Man darf aber wohl davon ausgehen, daß dies Emotionale auch auf dänischer Seite eine Rolle spielte und die Dänen davon ausgingen, daß so etwas auch bei den Deutschen mitschwang. Der Stellenwert, den dieser Aspekt für die Deutschen hatte, wurde aber deutlich unterschätzt. Die Dänen hatten offensichtlich keine Ader für den „emotionalen Überschwang", der auf deutscher Seite so gut ankam und so wichtig zu sein schien – wie einer der Akteure auf deutscher Seite 1930 stolz verkündete:[39] *„Wer den Abstimmungskampf in der zweiten Zone miterlebt hat, der weiß, wie alle dänischen Beweisführungen und Argumente durch die Melodie des Schleswig-Holstein-Liedes zersungen wurden. Wo seine Töne erklangen, war es mit jeder Beweisführung aus"*.

Zweitens: Die Dänen schauten stolz auf ihren Sozialstaat und auf den hohen Lebensstandard. Das waren für sie Grundlagen des guten Zusammenlebens in ihrem Staate. Das waren für sie schlagende Argumente. Ob die Argumentation mit diesen Faktoren ein „plattes Winken" mit der Wurst war, ein Appellieren an niedere materielle Instinkte gegenüber hehren und ideellen nationalen Werten, scheint durchaus fragwürdig zu sein. Nutzte diese Argumentation wirklich nur die schwache Stellung Deutschlands nach dem Kriege, seine sozialen Unruhen und die Ruinierung seiner Währung und seiner Wirtschaftskraft aus, um Stimmung für sich zu machen?

Sicherlich konnten materielle Werte – das zeigt sich auch in dieser Region nach 1945[40] – ein wichtiger Gesichtspunkt für eine Entscheidung sein. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß eher der Stolz auf den eigenen wohlhabenden, demokratischen Sozialstaat das Hauptmotiv für diese Argumentation war. Im übrigen: sind solche Werte wie Wohlstand und soziale Sicherheit nicht Werte, die das Leben in einem Staat lebenswert machen, lebenswerter jedenfalls als in einem von „Nation", „Ehre" und „Abstammung" beherrschten Staatswesen? Sind materielle und soziale Werte wirklich so peinlich, daß man sie nicht als positives Argument nutzen darf?

Die Deutschen jedenfalls, so das Fazit, waren einer solchen Argumentation zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht besonders aufgeschlossen. Ihre Werte waren andere und noch heute, bei der Analyse dieser Plakate durch schleswig-holsteinische Wissenschaftler, werden solche Werte eher als sekundär eingestuft und gewissermaßen nur herablassend zur Kenntnis genommen.[41]

Drittens: Ganz offensichtlich (und das war eine grobe Fehleinschätzung) hielt die dänische Seite ihr deutsches Wählerpotential rationalen Argumenten für zugänglich. Damit aber hatte sie die deutsche politische Kultur nicht „verstanden". Zwar mochte ein solcher Ansatz in Dänemark Erfolg haben, das spricht für die hohe demokratische Kultur des Landes, in Deutschland zeigte er jedoch noch keine besondere Wirkung. Deutschland blieb in seiner politischen Kultur „vordemokratisch" geprägt – das erkannten die Dänen nicht.

[39] Karl Alnor, Was hat uns Erziehern und Lehrern der 14. März zu sagen?, [Kiel] 1930, zitiert nach Erdmann, Die Frage des 14. März 1920, S. 659.

[40] Vgl. dazu Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem ersten Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945-1947, Neumünster 1967; Thomas Schäfer, Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft 1950-1958, Neumünster 1987, S. 11 ff.

[41] Adriansen/Doege, Deutsch oder Dänisch, S. 27. Vgl. demgegenüber Doege/Jessen-Klingenberg, Die nationalen Minderheiten, S. 38, wo man sich jeder Wertung enthält.

Demokratisches Schleswig-Holstein?

Zieht man eine kurze Bilanz, muß man feststellen, daß, bei Anwendung der hier in den Mittelpunkt gerückten Kriterien, während der Volksabstimmungen im Jahre 1920 noch von keiner politisch-demokratischen Kultur des Landes gesprochen werden kann. Die Schatten der Väter- und Großvätergenerationen, im autoritären Kaiserreich aufgewachsen und von keinem demokratischen Verlangen „angekränkelt", waren 1920 noch zu lang, die „alte" politische Kultur noch zu dominierend. Daran zeigt sich einmal mehr, daß die politische Kultur ein Phänomen ist, das sich nur sehr langsam verändert und langlebiger besteht, als sich rasch wandelnde politische Umstände vermuten lassen.

Dieses Ergebnis ist nicht neu. Die neuere schleswig-holsteinische Regionalgeschichte hat in einer Reihe von Darstellungen, mit einer Vielzahl von Argumenten, mit guten Gründen und mit anderen methodischen Ansätzen nachgewiesen, daß die deutsche Politik dem Anspruch einer entwickelten Demokratie zu dieser Zeit noch nicht gerecht wurde und sich auch sehr schwer tat, eine solche zu etablieren.[42] Bei den Abstimmungen von 1920 war die deutsche Politik – so wird vielfach konstatiert – in eine Art von „vordemokratischen Zustand" verfallen, der von dem politischen Konservativismus und großen Teilen des Liberalismus bewußt benutzt wurde und dem sich auch die Sozialdemokratie nur partiell entziehen konnte.[43] Eine „Volksgemeinschaftsideologie" wurde in Schleswig-Holstein bereits zu diesem frühen Zeitpunkt hergestellt und als „politische Waffe" benutzt.[44] Fast alle Chancen, die darin gelegen hätten, die Möglichkeiten einer relativ fairen Grenzziehung auf demokratischem Wege und mit demokratischen Mitteln zu erreichen, wurden insofern frühzeitig vergeben. Ein Wandel sowohl in den außenpolitischen Zielen als auch in der funktionalen Verwendung der Außenpolitik für eine innenpolitische Sammlungsbewegung ist jedenfalls 1920 (noch) nicht zu konstatieren.

Zu diesem Ergebnis kommt auch diese Analyse der politischen Kultur. Sie bestätigt die These, daß von einem Bruch mit den Traditionen des Kaiserreiches und einem demokratischen Neuanfang keine Rede sein kann. Ein „demokratisches Schleswig-Holstein" hat zu Beginn der 20er Jahre nicht bestanden,

Im Vergleich zu Dänemark schneidet Schleswig-Holstein also schlecht ab. Die deutsche Seite hat im Jahre 1920 (aber auch später) nur verhältnismäßig wenig zu einem guten deutsch-dänischen Verhältnis beigetragen. Dies war nicht zuletzt auch eine Folge der durch die Volksabstimmung gestärkten politischen „Unkultur". Daß die Abstimmungen – und die Schreckensjahre zwischen 1933 bis 1945 – trotzdem keine irreparablen Wunden im deutsch – dänischen Verhältnis hinterließen, hängt daher weniger von den deutschen „Leistungen", sondern vielmehr von Dänemarks „Langmut" ab. Die dänische Politik wurde im 20. Jahrhundert so geführt, daß sie auf Aggressionen nur selten aggressiv reagierte und damit keine unheilbaren Wunden hinterließ. Nicht zuletzt darin ist der Grund zu suchen, daß sich sukzessive, trotz aller Hemmnisse, die beiderseitigen politischen Beziehungen so positiv entwickeln konnten und das deutsch-dänische Verhältnis heute in der Tat als geradezu beispielhaft gelten kann.

[42] Hierzu nach wie vor wegweisend Rietzler, „Kampf in der Nordmark".

[43] Ebenda, S. 110 ff; dort auch weitere Literaturhinweise.

[44] Vgl. zu diesem Komplex Gerd Vaagt, Der 14. März als nationales Erlebnis, in: ZSHG 96 (1971), S. 279-308.